

Bezugspreise:
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Aufstellung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mark, sechs bis drei Monate
12,50 Mark, anderthalb 24,75 Mark,
einjährig 45 Mark. Zustellungsgeld. Ver-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im
vordruck. Zeitungsverzeichnis unter
einer Karte. Zeitungen eingetroffen. Für
unseren eingegangenen Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen. Redak-
tion. Fern. der Geschäftsleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133
u. 1132, der Druck-Abt. Nr. 1133

Abend-Ausgabe.

Volke-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 Spalten 34 mm breite Millimeter-
zeile oder deren Raum 60 Pf., Familien-
anzeigen 40 Pf., Reklamen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsleitung u. sämtlichen
Anzeigenstellen, Erläuterungs-
blatt. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Brömm-
straße 15, G. Braunsstraße 17.
Haben Geschäftsstellen: Große
Königsstraße 22 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 228 15.

Nr. 338.

Halle, Freitag, den 22. Juli 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Dolchstoß und kein Ende.

(Von unfern Berliner Mitarbeiter.)

In den letzten Tagen sind zwei Veröffentlichungen erschienen, die der rechtsstehenden Presse Gelegenheit gegeben haben, das hundertmal wiederholte Märchen von dem „Dolchstoß in den Rücken des siegreichen Heeres“ erneut zum Vorschein zu bringen. Die „Rechts- und Sozialdemokratischen Revolution“ von dem österreichischen Sozialdemokraten Dr. Deutlich und ein Bericht des Franzosen Meier über eine Sitzung der alliierten Staatsmänner über die oberste Frage vor dem Versailles Friedensschluß. Selbstverständlich wird an diese Veröffentlichungen von jenen Blättern wie üblich der Vorwurf geknüpft, auf die demokratischen Passifisten und Wilson-Berichter solle die Verantwortung für alles, was uns heute durch das feindselige Ausland angetan wird. Sobald von diesen „Aufklärungs- politikern“ demagogisch in die Massen ansturm wird, werden ganze Dörfer subalternen Ueberheblichkeit und geschäftsführender Selbstvertrauen. Für jene Kreise, die ihren Namen nichts als wahren Vorgänge vorgelegt hat, existiert die Weltgeschichte einfach nicht, und so macht sie es sich leicht und bequem, ihnen Dinge zu suggerieren, die weder vor der Sonne der Geschichtskritik, noch vor den attentatmäßigen Darstellungen handhaben. Der Wiederholer, der Schwafel- philipp, der Weltanschauungsprophet, der Hurrapatriot, der Gemütskranke, der Dilettant mit ihrer ganzen verärgerten Weißheit tun sich in holder Vereinsmeierei zusammen und brauen dann in einem Kesseltopf eine Suppe, die überall, wo sie ohne eigene Nachprüfung gekostet wird — die Menge dieser „Genieher“ ist überaus groß — Vergiftungs- erkrankungen auslöst. Demgegenüber ist von Zeit zu Zeit immer wieder nötig, dieses Märchen seines Zaubers zu entziehen und die Bestände in der richtigen Reihenfolge atmenmäßig zu darzustellen, wie sie sich vollziehen haben.

Man weiß, daß die Amerikaner mit großer Heeresmacht über das Meer kamen, nachdem der tonerzogene Führer Herzog und die ganze ihm nachstehende Presse uns in den un- beschrankten U-Boot-Krieg hineingebeugt, und trotzdem sie spottend erklärt hatten, die Amerikaner würden nicht kommen, denn sie könnten weder fliegen noch herüberkommen. Man weiß, daß die große Weltgeschichte mit einer Karte und einem Text erzählt werden konnte, daß es ihnen durch ihre Offiziere endlich gelungen sei, die ganze französische Westarmee aufzureiben. Am 11. Juni 1918 erklärte Kriegsminister v. Slem in Reichstag: „Die sogenannte französische Westarmee besteht 3. Jt. überhaupt nicht mehr.“ Einen Monat später brach diese Armee plötzlich aus dem Walde von Wilvers-Cotterets hervor und erlitt die letzte Kraft des deutschen Heeres. Es kam der Zusammenbruch der Ludendorffschen Offensive. Am 14. September hütete Versailles ein Friedensverhandlungen. Am 26. September schloß Bulgarien der Entente ihre Einstellung der Feindseligkeiten vor. Am 30. September meldet der englische Generalstabbericht die Kapitulation der türkischen Streitkräfte. Am 1. Oktober geht beim Auswärtigen Amt ein Telegramm ein: „General Ludendorff wünscht, das Friedensangebot sofort hinausgehen zu lassen und damit nicht erst bis zur Bildung der neuen Regierung zu warten, die sich verzögern könnte.“ „Prinz Max von Baden vordrückt zu bremsen, aber Hindenburg telegraphiert: „Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer Forderung des sofortigen Friedensangebots an unsere Feinde bestehen. Infolge des Zusammenbruchs der Magdonfront, der Schwächung unserer Wehrkräfte und der Unmöglichkeit, unsere Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzu- zwingen.“ Am 28. Oktober telegraphiert Hindenburg: „Ich und General Ludendorff stimmen dem mitgeteilten Wortlaut der Antwortnote an Wilson zu“, nachdem am 27. Okt. aus Wien die Nachricht gekommen war, daß Oesterreich-Ungarn einen Separatfrieden nachgesucht habe. Am 3. Nov. kapitulierte Kaiser Karl vor Italien. Am selben Tage war in München die erste öffentliche Versammlung ausgebrochen, in der die Abdankung des Kaisers auf der Tagesordnung stand. Gerade an diese Zeit wird man jetzt wieder besonders lebhaft erinnert durch eine lobende bekanntgemachte ge- heimliche Denkschrift des früheren Kronprinzen Rupprecht von Bayern vom 19. Juli 1917, in der es u. a. heißt: „Durch ihre nicht zu erdrückende Umstände ist der Kaiser um alles Ansehen gekommen und die Bestimmung geht leicht, das ernsthaft denkende Leute bezugnehmend, auf die Dynamik der Hohenzollern den Krieg überdauern wird.“ Wie diese Denkschrift überhaupt trotz solcher Auffassung in manchen Einzelheiten im ganzen eine klare Auffassung der militärischen Lage vertritt, die damals schon — man beachte das Datum! — einen der höchsten deutschen Heerführer zur dringenden Bestimmung jenes „Schmach- und Verdrüßensfriedens“ veranlaßte, der heute noch von allen Reaktionskräften als eine Forderung der „Passifisten und „Demokraten“ distribuiert wird.

Wie weit die Geschichtsfälschung geht, zeigt die Tatsache, daß neuerdings von der rechtsstehenden Presse behauptet wird, Ludendorff sei in jenen entscheidenden Tagen schon ausgebrochen und durch General Gröner erbeugt gewesen. Demgegenüber braucht nur auf das oben wiederbegebene Telegramm vom 1. Oktober verwiesen zu werden: „General Ludendorff wünscht, das Friedensangebot sofort hinausgehen zu lassen...“, wie auf die dann folgenden weiteren Telegramme. Die Revolution brach bekanntlich erst am 9. November aus. Selbst die „Post“ schrieb am 18. November 1918 zu diesem Telegramm, nachdem Ludendorff sich Tage nach seiner Abdankung eingekerkert hatte, sich in der Frage- lage geirrt zu haben. „Einen folgenwichtigen Irrtum hat es nie gegeben, daß ein ganzes Volk dem Anführer und der Schande überliefert.“ Und die „Kreuz-Zeitung“ schrieb

am 13. November: „... die militärische Leitung hat, ohne jede politische Rücksicht, ihrer Kampfliebe und in Unter- schätzung unserer Feinde, geglaubt, den gesichertesten Sieg nach allen Seiten ersehen zu können. So ging der Krieg verloren und begab in seinem Ausgang den deutschen Kaiserstaat unter seinen Trümmern.“ Und schließlich mag gegenüber der Behauptung von der Unterwürfung des Heeres durch die Sozialdemokratie doch darauf hingewiesen werden, daß im jetzigen Zustande der „Konföderation Monats- schrift“ General v. Zewel in einem Artikel „Dolchstoß von hinten“ u. a. schreibt: „Trotz allem aber war die Wider- standskraft des deutschen Heeres bis zum 8. November noch ungebrochen.“

Gegenüber dieser attentatmäßigen Darstellung müssen alle Geschichtsfälschungen der rechtsstehenden Presse notwendig bleiben. Auch wenn das Märchen von „Dolchstoß“ noch so oft aufgewärmt wird, kann es die Wahrheit nicht befeuchten. Es hätte jener Presse unrecht tun, anzunehmen, daß sie die Wahrheit nicht kennt. Aber sie will sie nicht kennen und verschweigt sie deshalb ihren Lesern — das ist's!

Neue Auslandskredite für Deutschland.

Nach Erhalt des 150-Millionen-Goldmark-Kredits gehen die Bemühungen zur Beschaffung neuerer Kredite weiter. Inzwischen ist wieder ein neuer Kredit von 50 Millionen für die Reichsbank beschafft.

Die deutschen Reparationschwierigkeiten.

In Paris beschäftigt sich die Garantiekommision der Wiedergutmachungskommision mit der Frage, ob es nicht im Interesse der alliierten Mächte selbst liegen würde, für die Zahlung der Reparaturen von Deutschland von dem Stichtag des 31. August abzusehen und eine Verlängerung der Zahlungsfrist über diesen Tag hinaus bei den alliierten Regierungen in Vorschlag zu bringen. Die Garantiekommision hat die Beobachtung gemacht, daß die Bemühungen der deutschen Regierung, für die Reparationszahlungen zu sorgen, erschwerter werden sind. Der Dollar werde immer weiter in die Höhe getrieben, so daß auch die alliierten Währungen durch diese Vorgänge Schaden erlitten.

U-Bootkapitän Pasig verhaftet.

Wie die Kopenhagener Zeitung „Klokken 5“ erzählt, hat die dänische Staatspolizei den ehemaligen Untersee- bootkommandanten Kapitän Pasig, der sich seiner Verant- wortung vor dem Leipziger Gericht durch die Flucht nach Dänemark entzogen hat, in Odense verhaftet.

Der englisch-französische Gegensatz.

Die französische Note auf die englische Antwort in der oberste Frage wurde gestern abend in London über- reicht. Der Inhalt entspricht den getrigen Angaben. Eng- land erhält jedoch den Standpunkt aufrecht, daß erst die oberste Frage zu regeln sei und erst, wenn nötig, Truppen zu entsenden seien.

Parisier „Journal“ erklärt, der italienische Ministerpräsident Bonomi habe wissen lassen, daß er, wenn er noch der Minister für Aehrenberg de la Torretta an einer Tagung des Obersten Rates am 7. und 8. August teil- nehmen könne, weil bis dahin das italienische Parlament tagte.

Der „Petit Parisien“ weist darauf hin, daß die Depesche der alliierten Regierungskommission in Opein, von der getrigen die Rede war, nicht in gleicher Weise ausgelegt wird. Nach der französi- schen Version haben die alliierten Kommissare verlangt, entweder die sofortige Regelung der oberste Frage oder die Entsendung von Verstärkungen. Das Wort vertritt den Standpunkt, es gebe nur ein Mittel, diese Kontro- versen zu beenden, nämlich, daß die Verstärkungen den Text der Depesche veröffentlichte. Das Wort glaubt, daß man alsdann der französischen Forderung nachgeben werde. Weiter wird der Bericht der alliierten Kommissare die Ansicht der britischen Regierung irgend wie verändert. Tatsächlich bestätigt sein allgemeiner Inhalt den britischen Standpunkt und die dringende Notwendigkeit, daß der Oberste Rat die Frage regle. Briand ist noch immer der Ansicht, daß, solange der gegenwärtige Zustand in Ober- schlesien andauert, irgendeine vom Obersten Rat getroffene Entscheidung nicht ausgeführt werden könne, und er ist ferner der Meinung, daß eine so wichtige Frage genaue Unter- handlungen erfordere, die nicht in wenigen Tagen beendet werden können. Briand geht am Sonntag auf Urlaub und ist der Ansicht, daß der Oberste Rat vor dem 1. August nicht zusammentreten kann.

Die englische Anregung einer amerikanischen Vermittlung in der oberste Frage wird in Rom nicht aufgenommen. Eine Intervention dürfte nur bei unmittelbarer Bedrohung des europäischen Friedens erfolgen. — Präsident Harding sieht sich jetzt dem Vorstoß einer Anzahl Senatoren für Zurückziehung der Truppen am Rhein gegenüber.

Die deutsche Entwaffnung.

Briand erklärte, General Kollat habe die besten Nachrichten über den Stand der Entwaffnung in Deutschland gegeben. Der Kontrollkommission würde durch die deutschen Behörden jede Erleichterung gewährt. Die Waffen würden gut abgeliefert und man könne sagen, daß Deutschland keine schwere Artillerie mehr besitze.

Französisch-polnisches Geheimabkommen.

Nach einer Warschauer Meldung verpflichtet sich Polen in dem Geheimvertrag mit Frankreich zur Unterhaltung eines Heeres von 600 000 Mann, zu dessen Kosten Frankreich einen Goldfranken täglich pro Mann beiträgt. Für die günstige Regelung der oberste Angelegenheit erhalten die Franzosen die Ausübung des Rechts in den Bergwerksrechten, Kohlen und Blei und andere Vorteile.

Vor dem vierten Polenaufstand.

Französische Intrigen.

Anlässlich einer Protestversammlung in Breslau machte Dr. Kleinert auffechterregende Mitteilungen über das Zusammenarbeiten von Franzosen und Polen in Ober- und Westpreußen zur Vorbereitung eines vierten polnischen Aufstandes. Ein polnisch-französischer Aktionsauschuss ist am 10. Juli gebildet worden. Er hat die Aufgabe, die Franzosen dabei zu unterstützen, in allen Ostpreußen polnische Ortsverwaltungen zu gründen und alle Zentralverwaltungsbehörden, sowie die Gerichte und Polizeiverwaltung zu überwaschen. Ein polnischer Geheimbund mit dem Ziel in Drezdow arbeitet darauf hin, durch Terror die Massen auswanderung der Deutschen zu erzwingen.

Hinderlich für die polnisch-französischen Pläne sind die Anstrengungen der deutschen Regierung, die polnischen Heereskräfte zu vermindern, was die polnische Heeresmacht der Franzosen befeuchten. General v. Kollat leidet durch zahlreiche Spione nicht nur die Deutschen, sondern die ihm umgebenden Engländer übermächtig. In einem Kundmachung an die französischen Truppenkommandanten und Kreisläufer ordnet er an, daß alle polnischen Verwaltungs- und Militärstellen jede Unterstützung zu gewähren sei und daß das neutrale Verhalten der Engländer durch energieloses französisches Vorgehen gegen die deutsche Bevölkerung abzuwaschen sei. In Katowitz ist eine Besatzungsstelle eingerichtet, die mittels eines großen Beamtenapparates die gesamten englischen Maßnahmen in Ober- und Westpreußen zu überwaschen hat.

Wie der „Luz.“ aus Opein meldet, haben die französischen Kreisläufer Beschlüsse gefasst, wonach der Besatzungs- und Inzidenten in Ostpreußen sich nicht mehr in der Kampagne zur Abwehr des polnischen Aufstandes getrieben haben. Die ehemaligen polnischen Plagatkommandanten, die sich während des Aufstandes die öffentliche Gewalt angeeignet hatten, seien nicht als Inzidenten zu bezeichnen. Die Kreisläufer gewähren ihnen die weitere Ausübung ihrer Amtsgewalt.

Nach einer Meldung des „Luz.“ wird in den Van- derburg des Kreises Hindenburg die Polizeigewalt weiter nur durch polnische Inzidenten ausgeübt. In Glatz, Grotzsch, Bistupitz und Künzendorf sind die Führer der Geheimvereine bekannte Inzidentenführer.

Die „Schle.“ Landeszeitung in Breslau berichtet, daß ein unter Leitung eines französischen Hauptmanns namens Ehrhard lebendes französisch-polnisches Geheimkommando die Aufgabe hat, militärische deutschgelehrte Personen in Ober- und Westpreußen zu verhaften und aus den Kreisen zu entfernen. Glatz und Kattowitz sind etwa 50 Personen spurlos verschwunden. Trotz aller Bemühungen konnte bisher der Bereich dieser Leute nicht festgestellt werden. Die darüber von den oberste Zeitungen gebrachten Nachrichten wurden von dem Jenur getrieben.

Wer trägt die Schuld an der Fortführung der Getreidezwangswirtschaft?

Der „Zeitungsdienst des Reichslandbundes“ beschäftigt sich in seiner Nummer 32 vom 19. d. M. mit der Reichstags- abtaltung vom 16. Juni über die Aufhebung der Getreide- zwangswirtschaft und schreibt dabei u. a.: „Der demokratische Bauernbund lehnt die Schuld hierfür (nämlich für die Auf- hebung mit 11 Stimmen) den Deutschnationalen zu. Er sagt: Von dieser Partei fehlten 19 (unentschieden) waren es nur 15 — wären die zugewandert, dann wäre die Zwangs- wirtschaft gefallen. Der Reichslandbund kann sich den Vorwurf, den der Demokratische Bauernbund gegen die unent- schiedenen Abgeordneten der Deutschnationalen Parteipartei erhebt, nur anschießen; wir finden es unermesslich, daß bei einer so wichtigen Entscheidung so viele Abgeordnete einer Partei fehlen, die für das Wohlgehen der Landwirtschaft das nötige Verständnis haben sollte... Die Wähler können bei solchen namenhaften Abstimmungen sehen, wie wenig ernst es viele Abgeordnete mit ihren Pflich-

